

NEUE STAATEN IM HERZEN EUROPAS: 20 JAHRE FRIEDLICHE TEILUNG DER TSCHECHOSLOWAKEI

Am 1. Januar 1993 entstanden in Europa zwei neue Staaten: die Slowakische Republik und die Tschechische Republik. Sie waren die direkten Nachfolger des Staates, der nach einem kleinlichen „Gedankenstrich-Krieg“¹ die umständliche Bezeichnung Tschechische und Slowakische Föderative Republik (ČSFR) erhalten hatte. In längerer Sicht waren sie aber auch Nachfolgestaaten der 1918 gegründeten Tschechoslowakei. Zum zwanzigjährigen Jubiläum der doppelten Staatsgründung trafen sich am 24. und 25. April 2013 deutsche, slowakische und tschechische Wissenschaftler in Leipzig, um sich mit den Ursachen der Trennung und der Entwicklung, die die beiden neuen Staaten seither genommen haben, zu diskutieren. Die Tagung stand unter der Leitung von Frank Hadler, wurde vom Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (GWZO) in Kooperation mit den Botschaften der Slowakischen Republik und der Tschechischen Republik

¹ Tschechisch: „Pomlčková válka“, slowakisch: „Pomlčková vojna“, Vgl. *Rychlík*, Jan: Rozdělení Československa 1989-1992 [Die Trennung der Tschechoslowakei 1989-1992]. Praha 2012, 127.

sowie der Fakultät für Sozialwissenschaften der Karls-Universität Prag veranstaltet und vom Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds gefördert.

Bei der öffentlichen Abendveranstaltung im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig führte der ehemalige Mitteleuropakorrespondent der Süddeutschen Zeitung, Michael Frank, mit einem weit angelegten Vortrag in die Konferenzthematik ein. Schon der Titel „Unüberbrückbare Zuneigung. Die Trennung der Tschechoslowakei: Europas Einigung macht die stille Tragödie zum Glücksfall“ deutete die positive Bilanz an, die Frank zog. Als Grund für die Auflösung des gemeinsamen Staates identifizierte er die starken Ungleichzeitigkeiten in beiden Landesteilen. Zum einen attestierte er der slowakischen Seite einen Nachholbedarf in nationaler Eigenstaatlichkeit: Während eine tschechische Mehrheit die Tschechoslowakei als ihren Staat gesehen habe, hätten sich viele Slowaken im Gesamtstaat wie auch im Ausland häufig nicht als souveräne Nation wahrgenommen gefühlt. Zum anderen habe es nach der „Samtenen Revolution“ an einem Konsens darüber gefehlt, wie eine demokratische Föderation aussehen sollte. Zudem hätten die tschechischen Eliten – gerade auch der bekennende Tschechoslowake Václav Havel – die slowakischen Forderungen als Nationalismus und Separatismus missinterpretiert. Erst die Trennung habe diese Schiefelage korrigiert, die beiden Nachbarstaaten konnten sehr gute politische und wirtschaftliche Beziehungen aufbauen, der kulturelle Austausch werde in der jüngeren Generation weitergeführt. Frank würdigte insbesondere die erfolgreichen Bemühungen der Slowakischen Republik um internationale Anerkennung und wirtschaftlichen Anschluss an den Entwicklungsstand Tschechiens. Als vorläufigen Höhepunkt dieser positiven Entwicklung bezeichnete er die zeitgleiche Integration der Tschechischen und Slowakischen Republik in die Europäische Union im Jahr 2004.

Damit waren die großen Themen bereits im Eröffnungsvortrag angeklungen; sie wurden am nächsten Tag in drei thematischen Blöcken aufgegriffen und intensiv diskutiert. In der ersten Sektion „Politik und Geschichte“ sprach der Historiker und Ethnologe Jan Rychlík von der Prager Karlsuniversität über die „Samtene Scheidung der Tschechoslowakei“. Rychlík argumentierte, dass die Föderation am Fehlen einer tschechoslowakischen Identität gescheitert sei. Er bestätigte im Wesentlichen Franks These von der unterschiedlich starken Identifikation von Tschechen und Slowaken mit dem gemeinsamen Staat. Die Föderalismusreform von 1968 und das Majoritätsverbot vom 27. Oktober desselben Jahres, das es den Nationalkammern des Parlaments ermöglichte, Beschlüsse einer nationalen (tschechischen) Mehrheit zu verhindern, verknüpfte er mit den Weichenstellungen, die nach 1989 zum Scheitern des demokratischen Bundesstaates führten. Mit dem Wegfall der Kommunistischen Partei als übergeordneter Entscheidungsinstanz habe eine gegenseitige Blockade der tschechischen und slowakischen Nationalkammer gedroht. Die letzte Chance auf eine gemeinsame Zukunft habe dann der slowakische Ministerpräsident Vladimír Mečiar zerstört, der nach dem Wahlsieg seiner Partei ES-HZDS (Volkspartei – Bewegung für eine demokratische Slowakei) die Anerkennung der Slowakei als unabhängiges Völkerrechtssubjekt gefordert und damit jede realistische Lösung des Konflikts blockiert habe.

Dušan Kováč vom Historischen Institut der Slowakischen Akademie der Wissenschaften (Bratislava) plädierte in seinem Vortrag über die „Teilung der Tschecho-

slowakei: Interpretationen, Fakten und Mythen“ dafür, die gängigen Darstellungen der Ereignisse in den Jahren 1992/93 zu hinterfragen. Rychlíks These vom Vortreiben der Trennung durch die slowakische Politik widersprach er vehement. Aus seiner Sicht habe die Initiative für die Auflösung des Staates eher auf der tschechischen Seite gelegen, da diese die Modalitäten zur Aufteilung des Staatseigentums oder des Finanz- und Wirtschaftswesens bestimmt habe. Doch Kováč argumentierte auch gegen die auf der Konferenz mehrfach vorgebrachte Interpretation der Teilung als Akt slowakischer Emanzipationsbestrebungen. Die Staatstrennung habe im Interesse einiger weniger gelegen und sei nicht das Ergebnis eines demokratischen Prozesses gewesen. Gegenwärtig würden in der Slowakei die Staatsgründung selbst und die damaligen Entscheidungsträger um Vladimír Mečiar in eine nationale Schöpfungsgeschichte eingeschrieben, was eine sachliche Analyse der Geschichte erschwere. Angesichts der schwierigen Lage in der Slowakei unmittelbar nach der Unabhängigkeit bezeichnete Dušan Kováč die Erzählung von einer beispiel- und alternativlosen Erfolgsgeschichte als zu kurz gegriffen.

Dieser These widersprach der Volker Weichsel (Redakteur der Zeitschrift „Osteuropa“, Berlin), in seinem Kommentar. Er verortete die Ursachen für die Gründung wie auch für das Ende der Tschechoslowakei im geopolitischen Kontext des europäischen 20. Jahrhunderts: Bereits nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges sei der eigentliche Existenzgrund für die Erste Tschechoslowakische Republik, der Zusammenschluss beider Nationen zu einem „tschechoslowakischen Staatsvolk“ gegen die deutschen und ungarischen Bevölkerungsgruppen, obsolet geworden. Die slowakische und tschechische Eigenstaatlichkeit sei – gewissermaßen durch 40 Jahre Staatssozialismus verzögert – folgerichtig gewesen. Darüber hinaus bekräftigte Weichsel in der rege geführten Debatte, dass die friedliche Entwicklung keinen besonderen Glücksfall der europäischen Geschichte darstelle, ähnlich gewaltfreie Prozesse habe es auch bei der Auflösung der Sowjetunion gegeben. Während sich die slowakischen und tschechischen Wissenschaftler auf die Formulierung einer zwar friedlichen aber nicht demokratischen Teilung der Tschechoslowakei einigen konnten, erinnerte Weichsel daran, dass die Entscheidungsträger nicht nur durch die Parlamentswahlen im Juni 1992 demokratisch legitimiert waren, sondern die Wahlsieger – die tschechische Demokratische Bürgerpartei (ODS) und die slowakische ĽS-HZDS – die Option einer Trennung in ihren Programmen auch ganz offen formuliert hatten.

In der zweiten Sektion ging es um „Wirtschaft und Handel“ als einer weiteren wichtigen Dimension im tschechoslowakischen Teilungsprozess wie in der zwanzigjährigen Eigenstaatlichkeit. Beide Referenten, die Ökonomen Pavel Kohout (Prag) und Michal Lehuta (Bratislava), zogen ein positives Fazit der Föderationsauflösung. Pavel Kohout führte in seinem Vortrag „Competitiveness means Competition“ aus, dass es für beide Republiken erst durch die Unabhängigkeit möglich geworden sei, eigene und passende Wege für ihre Volkswirtschaften zu entwickeln. Zudem sei der Wettbewerb zwischen beiden Staaten entscheidend für die Transformationsphase gewesen. Zwanzig Jahre nach der Auflösung des gemeinsamen Staates könnten beide Seiten ohne Ressentiments oder Verteilungskämpfe auch in ökonomischer Hinsicht voneinander lernen. Diesen Erfolg charakterisierte Kohout als Vorbild für einen neuen europäischen Wirtschaftsraum, in dem die Wirtschaften der Mitgliederstaaten

auf einem freien Markt miteinander in Konkurrenz treten könnten, anstatt nationale Unterschiede durch eine erzwungene Integration aufzuheben. Michal Lehuta betonte, dass sich die Ökonomien in Tschechien und der Slowakei heute ähnlicher seien als zurzeit der Tschechoslowakei: Beide zeichne eine hohe Produktivkraft, industriereiche und offene Strukturen aus, die eng mit Deutschland verflochten seien. Dies sei umso bemerkenswerter, als die politischen Entwicklungen beider Länder deutliche Unterschiede aufwiesen. Einerseits sei in der Slowakei die Zustimmung zum europäischen Einigungsprozess ungebrochen hoch, während in Tschechien eine deutliche Europaskepsis herrsche. Andererseits werde das Problem der Korruption in der Slowakei aus öffentlichen Debatten ausgespart, in Tschechien werde es wesentlich offener diskutiert.

Der Wirtschaftshistoriker Uwe Müller (Leipzig), der den Block kommentierte, eröffnete die Diskussion mit der Frage, ob sich der ökonomische Erfolg trotz oder wegen der Auflösung der ČSFR eingestellt habe. Beide Referenten vertraten die Ansicht, dass die Reformen, die das slowakische Wirtschaftswachstum der letzten zehn Jahre möglich gemacht haben, in einer Föderation kaum durchsetzbar gewesen wären. Zudem, so Kohout, berge eine ungleichzeitige Entwicklung zweier Landesteile stets die Gefahr wirtschaftlicher und politischer Instabilität in sich. Kein abschließendes Urteil konnte in der für die wissenschaftliche Aufarbeitung entscheidende Frage formuliert werden, ob und inwieweit konkrete ökonomische Gründe zum Ende der Föderation beigetragen haben. Rychlík argumentierte in der Diskussion, dass die wirtschaftliche Dimension keine entscheidende Rolle gespielt habe, was slowakischerseits von Milan Zemko bestätigt wurde, der auf den einheitlichen tschechoslowakischen Wirtschafts- und Planungsraum der sozialistischen Jahrzehnte verwies.

In der dritten Sektion diskutierten auf dem Podium Oldřich Tůma (Prag), Juraj Marušiak (Bratislava), Miroslav Kunštat (Prag), Milan Zemko (Bratislava) und Reinhard Wiemer (Deutsche Botschaft Bratislava) die kulturelle und gesellschaftliche Dimension der „Samtenen Scheidung“. Damit ging es zurück zu den Themen, die am ersten Abend bereits angesprochen worden waren. In seinem Statement beschäftigte sich Tůma mit der bis heute unterschiedlichen Wahrnehmung des gemeinsamen Staates. Er fragte, warum in der Slowakei die tschechoslowakischen Jahrzehnte nach wie vor negativ interpretiert werden. Dass die Klischees über die jeweils andere Nation weiterhin wirkmächtig seien, befürchtete auch Miroslav Kunštat von der Prager Karlsuniversität. Bis heute werde den Tschechen ein atheistischer Rationalismus und den Slowaken ein katholischer Konservatismus nachgesagt. Kunštat riet, den Kulturtransfer zwischen dem polnischen, tschechischen und slowakischen Katholizismus und die gegenwärtigen Veränderungen in den nationalen Identitäten wahrzunehmen, anstatt auf überholten Zuschreibungen zu beharren. Größeren Handlungsbedarf sah der slowakische Politikwissenschaftler Juraj Marušiak in der unvollendeten demokratischen Konsolidierung der Slowakei. Er bescheinigte nicht nur der eigenen Gesellschaft eine instabile Parteienlandschaft, eine hohe Korruptionsrate und das Fehlen einer demokratischen Kultur mit starker Trägerschaft, sondern warnte auch vor einer Erosion der Demokratie in der gesamten Region. Eine wesentlich positivere Bilanz zog der deutsche Diplomat Reinhard Wiemer. Auf die

ungewissen frühen Jahre zurückblickend, die er in Bratislava miterlebt hatte, bezeichnete er den raschen ökonomischen Aufstieg der Slowakei, die problemlosen deutsch-slowakischen Beziehungen und das pro-europäische Engagement des Landes als überraschenden und großen Erfolg. Zemko zufolge stellten der Machtwechsel im Jahr 1998 und die Ablösung Vladimír Mečiar vom Amt des Ministerpräsidenten die entscheidenden Erfahrungen für die nationale Emanzipation in der Slowakei dar. Das sei der Moment gewesen, in dem die Slowaken ohne fremdes Einwirken in einer demokratischen Wahl selbst über das Schicksal ihres Staates entschieden hätten.

Am Ende der thematisch vielseitigen Debatte fanden die Diskutanten einen Konsens in der Feststellung, dass die slowakische und tschechische Eigenstaatlichkeit nicht zu einem Abbruch der kulturellen Verbindungen und des gesellschaftlichen Austausches geführt, sondern gerade in der jüngeren Generation die Entstehung eines neuen gemeinsamen kulturellen Raums befördert habe.

Die Konferenz gab nicht nur einen guten Überblick über die Geschichte der tschechoslowakischen Trennung und deren Folgen, sie zeigte auch, wie unterschiedlich die Deutungen zwanzig Jahre danach noch ausfallen. Bemerkenswert ist, dass tschechische wie slowakische Wissenschaftler die Initiative zur Trennung nach wie vor der anderen Nation zuschreiben. Allerdings machten die Diskussionen in den Sektionen die komplizierte Gemengelage aus historischen, kulturellen und wirtschaftlichen Gründen deutlich, die in einem veränderten internationalen Kontext zur Gründung zweier unabhängiger Staaten führte. Von der alleinigen Verantwortung einer Seite kann also nicht die Rede sein. Um die Aufarbeitung der Trennungsgeschichte in beiden Ländern voranzutreiben, ist eine kritische Auseinandersetzung mit den fortbestehenden Klischees und neuen nationalen Mythen nötig. In diesem Sinne hatte Dušan Kováč bereits in der ersten Sektion dafür plädiert, das Jubiläum nicht nur zu feiern, sondern es für tiefergehende Analysen des Teilungsprozesses zu nutzen, um die eigentliche Frage „cui bono?“ beantworten zu können.

Leipzig

Brigitta Triebel